

Datum: 19.11.2025

Autor: Magdalena Martullo



Berner Politik

EU-Paket: Unbeliebt aber durchgedrückt!

Magdalena Martullo*
über das Vertragspaket
Schweiz-EU



Die Vernehmlassung zum EU-Paket ist abgeschlossen. Es gibt wenig Begeisterung. Die Erzählung, die grossen Verbände stünden geschlossen hinter dem Paket, stimmt nicht. Der Gewerbeverband warnt vor der Bürokratie für die KMU. Für den Bauernverband ist die Übernahme des EU-Lebensmittelrechts «sehr problematisch», es brauche Nachverhandlungen. Viele andere fordern Nachbesserungen und Präzisierungen. Nur: Der Bundesrat wird nicht nochmals verhandeln, weil er das Ganze bereits per Handschlag mit der EU besiegelt hat. Die Schweiz soll das schlecht ausverhandelte Vertragspaket – mit Rechtsübernahme, Strafmassnahmen und Milliardenzahlungen – jetzt einfach schlucken. Das Volk soll dabei möglichst umgangen werden: Das Paket wird in vier Vorlagen aufgeteilt, sodass bis zu 200 000 Unterschriften für ein Referendum gesammelt werden müssen! Der Stromvertrag, aufgrund von dem überhaupt erst wieder Verhandlungen mit der EU aufgenommen

wurden und der nicht einmal von der Strom-Branche unterstützt wird, wird möglichst weit nach hinten geschoben.

Im Parlament hat die «Classe Politique» vorgespart. Die Sachbereichskommissionen, die für die jeweiligen Vertragsthemen zuständig wären, sollen nicht darüber beraten. Im Nationalrat soll die Aussenpolitische Kommission als einzige verantwortlich sein. Um das Paket im Eiltempo durchzupauken, gibt es Zusatzsitzungen. Die Kommissionsmitglieder können es kaum erwarten, sich in der EU-Blase in Brüssel einzunisten, wo über 55 000 Bürokraten und 29 000 Lobbyisten ein Leben in Saus und Braus führen. Um Kontakte zu knüpfen und sich erklären zu lassen, was die Schweiz künftig alles zu übernehmen hat, sind sie letzte Woche bereits nach Brüssel gereist. Die Kosten für den zweitägigen Aufenthalt betragen um die 50 000 Franken (obwohl die SVP-Mitglieder nicht mitreisten)! Für die neuen Jöbli, Spesen und das Prestige der EU-Turbos bezahlen wir mit unseren Steuern.

Erzählt wird uns dazu die Mär vom «Mitbestimmen» in Brüssel. Das nennt man dann «Decision Shaping». Übersetzt: Wir dürfen noch eine eigene Meinung haben, am Schluss entscheiden aber andere. Im Luftverkehrsabkommen gilt die dynamische Rechtsübernahme bereits seit 1999. Kein einziges Mal

konnten sich die Schweizer Beamten durchsetzen und schlechte EU-Regeln verhindern! Dafür explodiert der Bürokratieaufwand für Schweizer KMU: Ein Betriebshandbuch für Helikopter hatte früher 150 Seiten, heute sind es über 2000. Mehrere Unternehmen haben den Betrieb aufgegeben. Der zuständige Verband bezeichnet die EU-Abhängigkeit in seiner Stellungnahme als «regulatorischen Blindflug» und warnt vor den Folgen auch für andere Branchen.

Der Murks in Bundesbern hört nicht auf. Bereits werden Entscheide getroffen, die mit den neuen Abkommen nicht vereinbar sind. Der Bundesrat will sparen und die Gebühren für ausländische Studierende erhöhen. Wegen der Freizügigkeit mit der EU geht das aber nicht. Die Universitäten befürchten Millionenlöcher, zahlen soll der Bund. Auch die im Parlament geforderte Transitgebühr für den ausländischen Verkehr von Grenze zu Grenze führt zu Streit mit der EU. Neu könnte die EU im Freizügigkeits- und im Landverkehrsabkommen jederzeit neue Regeln beschliessen und uns mit Strafen zum Mitmachen zwingen. Wir haben nichts mehr zu sagen und sollen dafür sogar noch bezahlen!

* Magdalena Martullo-Blocher ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.